

Arm und Reich:
Schwerpunkt
Ungleichheit



Frankfurter Allgemeine
Wirtschaft

Donnerstag, 12. Januar 2017

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

F.A.Z. PLUS
abonnieren

POLITIK **WIRTSCHAFT** FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

F.A.Z.-Index 2.285,80 -0,95 % DAX 11.521,04 -1,07 % Dow Jones 19.954,28 +0,50 % EUR/USD 1,0625 +0,39 % [Alle Kurse](#)

Home > Wirtschaft > Wirtschaftspolitik > Geldpolitik: Ein globaler „Krieg gegen das Bargeld“

Geldpolitik

Ein globaler „Krieg gegen das Bargeld“

Das Bargeld wird den Bürgern madig gemacht. Nicht nur in Indien, auch in anderen Ländern werden immer mehr Hürden aufgebaut. Wer hat eigentlich ein Interesse an weniger Geldscheinen?

11.01.2017, von PHILIP PLICKERT

Teilen Twitteln Teilen E-mailen

Veröffentlicht: 11.01.2017, 10:29 Uhr



© DPA

Bargeld lacht

In verschiedenen Ländern häufen sich Einschränkungen für den Gebrauch von **Bargeld**. Der spektakulärste Fall ist das aktuelle indische Experiment der Regierung Modi. Anfang November erklärte sie überraschend alle 500- und 1000-Rupien-Scheine – mehr als 80 Prozent der Geldscheine – für ungültig. Die Inder mussten sie auf Konten einzahlen, damit sie umgetauscht werden. Das Problem: Ein Großteil der Inder hat kein Konto, in den ländlichen Regionen existieren keine Banken. Und Smartphones für digitale Zahlungen, welche die Modi-Regierung fördern will, besitzen Hunderte Millionen Inder auch nicht. Kurzfristig hat die Bargeldreform Verwerfungen ausgelöst. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen bezeichnete die Maßnahme als „despotisch und autoritär“. Die meisten Bürger indes vertrauen Modi.



Autor: Philip Plickert, Redakteur in der
Wirtschaft, zuständig für „Der
Volkswirt“:

Folgen:

Interessanterweise hat Australien Interesse am indischen Vorgehen geäußert. Die australische Botschafterin Harinder Sidhu in Neu-Delhi nannte die Reform „inspirierend“ und

„faszinierend“. Auch ihr Land denke über eine „Demonetarisierung“ nach, zumindest aber an den Einzug der höchsten Banknoten, sagte sie in einem Interview dem „Indian Express“.



© PICTURE-ALLIANCE/DPA, DEUTSCHE WELLE

Die Dänen zahlen kaum noch mit Bargeld

Ein weites Feld für künftige Besteuerung

Womit begründet die Modi-Regierung den Einzug der Geldscheine? Als Erstes nannte sie den Kampf gegen Schwarzgeld und Korruption. Ohne Zweifel gibt es viel Korruption in Indien. Ein Großteil der Schwarzvermögen indes liegt in Gold, Immobilien oder auf Auslandskonten. Klar ist, dass es in Indien einen sehr großen Sektor nichtdeklarerter Wirtschaftstätigkeiten gibt. Geschätzt die Hälfte der Wirtschaftsleistung wird bislang bar abgewickelt; Hunderte Millionen Bürger deklarieren ihre Einkommen nicht dem Fiskus. Würden all diese Zahlungen künftig über Konten oder online abgewickelt, gäbe es für die Regierung ein weites Feld für künftige Besteuerung. Als Zweites nannte die Regierung die Förderung bargeldloser Zahlungen als Grund für ihre Geldreform. Indien solle ein Vorreiter dafür werden. Gemeinsam mit Beratern wie Boston Consulting Group und Software-Konzernen will die Modi-Regierung so das gesamte Wirtschaftssystem umstellen.

Mehr zum Thema

- Geld gehört nicht unters Kopfkissen >
 - Bezahlen mit Potential: Die schöne Welt des digitalen Banking >
 - „Der Euro kann sich dauerhaft als unsere Währung halten“ >
- Wenig beachtet wurde bislang, dass Indien vor dem

Bargeld-Einschnitt auch von der amerikanischen Entwicklungshilfebehörde USAid direkte, aber diskrete Unterstützung erhielt. Drei Wochen vor der Reform gab USAid in einer Pressemitteilung die Gründung der Initiative „Catalyst: Inclusive Cashless Payment Partnership“ bekannt – dies sei der nächste Schritt der Partnerschaft mit dem indischen Finanzministerium. Catalyst solle „multiple Koordinationsprobleme“ lösen, die bislang die „Penetration“ der indischen Geschäftswelt und gerade der geringverdienenden Bevölkerung für bargeldlose Zahlungen blockiere. Inzwischen ist just diese Mitteilung aus der Liste der Pressemitteilungen von USAid verschwunden. Darauf verweist der Wirtschaftsjournalist und Buchautor Norbert Häring, der die Bedeutung der amerikanischen Verbindung und finanzieller Interessen hervorhebt.

🔗 Wer hat eigentlich ein Interesse am Zurückdrängen der Geldscheine?

Er vermutet, dass auf höchster Ebene eine Gruppe von Bankern, Zentralbankern und Ökonomen – konkret die „Group of Thirty“ – an der schrittweisen Abschaffung von Bargeld arbeite. Konkrete Beweise dafür gibt es keine. Allerdings ist auffällig, dass einige Mitglieder der 30-er-Gruppe, etwa **Kenneth Rogoff**, der frühere IWF-Chefvolkswirt, und Larry Summers, der ehemalige amerikanische Finanzminister,

zu den entschiedenen Befürwortern einer schrittweisen Abschaffung des Bargeldes gehören, angefangen bei den größten Banknoten.

Die Idee eines „Schrumpfgeldes“ kehrt zurück

Rogoff nennt verschiedene Vorteile, die das bringe: Große Mengen Bargeld brauche vor allem das organisierte Verbrechen. Dieses Argument hob auch die Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) hervor, als sie im vergangenen April nach längerem internen Ringen die Abschaffung des 500-Euro-Scheins beschloss. Rogoff fügt aber auch ein geldpolitisches Argument hinzu: Ohne große Geldscheine gebe es keine Ausweichmöglichkeit mehr, wenn die Zentralbanken die Einführung von Negativzinsen beschließen. Die bisherige Untergrenze zur Senkung der Leitzinsen entfiele. Die Idee eines „Schrumpfgeldes“ propagierte vor gut hundert Jahren schon der umstrittene, heute weithin vergessene Ökonom Silvio Gesell, an dessen Schriften vergangenes Jahr überraschenderweise ein IWF-Papier erinnerte.

Als Reaktion auf den Beschluss des EZB-Rats, den Fünfhunderter nach 2018 einzuziehen, veröffentlichte der für Bargeld zuständige EZB-Direktor Yves Mersch, der sich gegen den Beschluss gestemmt hatte, einen kritischen Kommentar: Es gebe ein „Anti-Bargeld-Kartell“, hieß es darin. Dieses bestehe aus drei Lagern: den „Alchemisten“ (Zentralbanker und Ökonomen mit einer Vorliebe für Negativzinsen zur angeblichen Stimulierung der Wirtschaft), der Finanz-Tech-Allianz sowie den Recht- und-Ordnung-Vertretern. In Indiens Fall waren die Kämpfer gegen Schwarzgeld und Korruption sowie die Fintech-Anbieter die treibenden Kräfte. Letzteren verspricht der Subkontinent mit mehreren Hundert Millionen potentiellen Kunden Milliarden-Profit.

Auch in entwickelten Ländern geht der Druck zur schrittweisen Aufgabe von Bargeld weiter. Vorreiter sind die skandinavischen Länder. Hierzulande gibt es mehr Bedenken. Die Bundesbank hält daran fest, den Bürgern Bargeld als Zahlungsoption zu erhalten. Den vielfältigen Druck zur Abschaffung oder Einschränkung des Bargeldes spüren die Bundesbanker. Von einem weltweiten „Krieg gegen das Bargeld“ sprach der für Bargeld zuständige Zentralbereichsleiter Stefan Hardt in einer Anhörung des nordrhein-westfälischen Landtags. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will Barzahlungen oberhalb von 5000 Euro verbieten. Dass mit einer Komplettabschaffung von Bargeld ein Stück Freiheit, Privatsphäre, Eigentumsschutz sowie Schutz gegen umfassende staatliche Überwachung verschwinden würde, hat jüngst die Stiftung Marktwirtschaft in einer Studie hervorgehoben.

Quelle: F.A.Z.

[🏠 Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Bargeld](#) | [BCG](#) | [EZB](#) | [Geldpolitik](#) | [Indien](#) | [IWF](#) | [Kenneth Rogoff](#) | [Korruption](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben [»](#)

Weitere Empfehlungen

Alles Gute zum Fünfzigsten

Lang lebe der Geldautomat!

Es ist die nützlichste Revolution, die die Finanzindustrie in jüngster Zeit angezettelt hat: Der Geldautomat hat uns alle bereichert. Eine Würdigung zum 50. Geburtstag. [Mehr >](#) Von THOMAS KLEMM
10.01.2017, 11:04 Uhr | Finanzen



Teheran

Trauer um Irans früheren Präsidenten Rafsandschani

Nach der Nachricht über den Tod des früheren iranischen Präsidenten Rafsandschani versammelten sich hunderte trauernde Menschen vor dem Krankenhaus in Teheran, in dem der Staatsmann verstorben war. Rafsandschani galt als einer der Architekten der islamischen Revolution.

[Mehr >](#)

09.01.2017, 16:42 Uhr | Politik



Nach Streit mit Indien

Amazon nimmt Fußballer mit Indien-Flagge von der Seite

Nicht nur Trump bringt mit seinen Tweets Unternehmen in Aufruhr. Die indische Außenministerin hat das Medium nun genutzt, um gegen Amazon zu Felde zu ziehen. Der Grund liegt vor mancher Wohnungstür. [Mehr >](#)

12.01.2017, 08:17 Uhr | Wirtschaft



Arbeit in Deutschland

Tausende verlassen Balkan-Länder

Korruption, Vetternwirtschaft, keine Perspektive: Viele Menschen vom Balkan verlassen ihre Heimat, um ihr Glück im Ausland zu suchen. Bei einer Jobmesse im bosnischen Tuzla treffen sie Arbeitgeber aus Deutschland - für die meisten ohnehin das bevorzugte Ziel. [Mehr >](#)

09.01.2017, 15:29 Uhr | Wirtschaft



Menschenrechtskommission

Indische Polizisten sollen Frauen sexuell missbraucht haben

Eine regionale Regierung soll in Indien indirekt dafür verantwortlich sein, dass Polizisten mindestens 16 Frauen sexuell missbraucht haben. Menschenrechtler kämpfen für die Opfer. [Mehr >](#)

08.01.2017, 14:42 Uhr | Gesellschaft



Anzeige

Folgende Karrierechancen könnten Sie interessieren:

Werkleiter/in

Landeshauptstadt München

Key Account Manager / Business

Development Manager Automotive (m/w)

MSSL GmbH

Großkundenbetreuer (m/w) im Frontoffice für die Betriebskostenabrechnung

BRUNATA Wärmemesser GmbH & Co KG

Leiter/in des Gartenbauamtes

Stadt Karlsruhe

Weitere Stellenangebote

FrankfurterAllgemeine
Stellenmarkt

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2017
Alle Rechte vorbehalten.

STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE

FAZ.NET

F.A.Z.-E-PAPER

F.A.S.-E-PAPER

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HC

Die Redaktion twittert

Eine Twitter Liste von [@FAZ_Wirtschaft](#)

Frankfurter Allgemeine

Jenni Thier hat retweetet

FAZ Wirtschaft
[@FAZ_Wirtschaft](#)

Was macht Trump?: Automobile [#Verunsicherung](#)
(von Martin Gropp) [plus.faz.net/evr-editions/2...](#)

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN



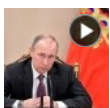
Der Spion, der Trump nicht liebte

Christopher Steele bringt mit seinen Geheimdokumenten Donald Trump in Schwierigkeiten. Denn der ehemalige MI6-Agent gilt als seriös und angesehen. Das könnte auch ihn selbst in Gefahr bringen. [Mehr >](#) Von JOCHEN BUCHSTEINER, LONDON 61 58



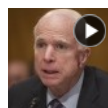
Gespräche mit Trump?
Marie Le Pen im Trump
Tower >

★ 9



„Kompromat“ in Russland
Machtinstrument
versteckte Kamera >

Von FRIEDRICH SCHMIDT ★ 55



Republikaner John McCain
„Putin ist ein Mörder und
Verbrecher“ >

★ 63